

Palästina ist unverkäuflich!

Jamal Juma, Koordinator der palästinensischen Kampagne gegen die Apartheidmauer

18. März 2005

Wer die Berichte über den palästinensischen Widerstand im Februar und März 2005 aufmerksam verfolgt hat, kommt nicht umhin, zwei wichtige Entwicklungen zu konstatieren:

Erstens: es gab eine enorme Eskalation des Volkswiderstands gegen die sich weiter intensivierende israelische Besatzung und Apartheid. Der Widerstand erstreckt sich inzwischen auf alle Gebiete der Westbank. Brennpunkte der Proteste waren die Orte Hebron, Beit Surik, Safa, Ni'ilin und besonders Budrus. Auch die Demonstration vom 14. März in Ramallah [gegen den Besuch des UN-Generalsekretärs Kofi Annan, d.Ü.] stellte einen der Höhepunkte der augenblicklich in der ganzen Westbank laufenden Mobilisierung gegen die Apartheidmauer dar.

Zweitens intensiviert sich der palästinensische Widerstand trotz politisch nachteiliger Entwicklungen, die darauf abzielen, die PalästinenserInnen zu passiven Subjekten zu degradieren, während gleichzeitig die rassistische Kolonisierung durch das Apartheidmauerprojekt auf palästinensischem Boden unvermindert voranschreitet. Wir können diese Entwicklungen kurz zusammenfassen:

Die Sharm-El-Sheikh-Konferenz; die Ankündigung der Besatzungsmacht, Abänderungen am Verlauf der Apartheidmauer vorzunehmen; die Konferenz in London am 1. März 2005 und die immer offensichtlichere Positionierung der UNO, die Fragen der Apartheidmauer nur noch unter „humanitärem“ Blickwinkel zu diskutieren.

In diesen Entwicklungen sehen wir nichts Zufälliges. Um zu verstehen, warum sich der Widerstand intensiviert hat, müssen wir uns der einen Stoßrichtung bewusst werden, die mittlerweile in alle politischen Diskursen und Entwicklungen der letzten Zeit auftaucht: Es handelt sich um den Versuch, die „Normalisierung“ des Lebens mit der Mauer innerhalb der Westbank voranzutreiben und die palästinensische Opposition dagegen zu ersticken.

Das Thema Mauer wurde beim Gipfel von Sharm el-Sheikh gar nicht erst angesprochen und wird nur oberflächlich in einem nichtssagenden gemeinsamen Statement als ein „kontroverses Thema“ erwähnt. Als ein Ergebnis der Konferenz wurde außerdem betont, dass der palästinensische Widerstand momentan eine Phase der „Beruhigung“ nötig hätte. Dies wird selbstverständlich erwartet, während der Bau der Apartheidmauer und die Erweiterung der Siedlungen unvermindert weitergehen. Die Besatzungsmacht hat die ausweglose Situation sogar dazu benützt, die dritte Phase des Mauerbaus, mit der sie im November im Süden begann, zu beschleunigen. Mit besonders großem Eifer geht der Bau der Apartheidmauer rund um Jerusalem und Bethlehem voran.

Als ob Palästinenser und Zionisten sich in einem Krieg befänden - und die Palästinenser nicht ein Volk unter Besatzung wären, gegen die es sich wehrt - ist von „Beruhigung“ und „Waffenstillstand“ die Rede. Seltsamerweise wird die Apartheidmauer und der Siedlungsbau nicht als Teil der israelischen Gewalt erwähnt. Das macht doch keinen Sinn! Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes ICJ verlangt den Abriss der Mauer. Ihre Durchsetzung ist weder verhandelbar noch ein kontroverses Thema, sie ist im Völkerrecht einfach grundlegend.

Die Besatzungsmacht hat aber einen „reformierten“ Bauplan vorgelegt. Damit soll einerseits die Entscheidung des ICJ untergraben und andererseits mit der Reform des Mauerverlaufs den Wünschen der USA und der Europäer entsprochen werden. Auch wenn im Mauerverlauf in einzelnen Dörfern Veränderungen vorgenommen wurden, annektiert die Mauer zusammen mit dem nur Juden und Jüdinnen frei zugänglichen Siedlungs- und Straßennetzwerk und den

militärischen Sperrzonen weiterhin – und genau wie zuvor – 47% der Westbank. Die PalästinenserInnen in ihren Ghettos und Halbghettos bleiben, auch wenn diese mit Tunneln und Brücken untereinander verbunden sind, weiterhin unter der vollen Kontrolle der Besatzungsmacht. Neu an der veränderten Maueroute ist eigentlich nur, dass sie jetzt unter der Bezeichnung disengagement plan, [sogenannter „Rückzugsplan“, d.Ü.] läuft, der von den Amerikanern und Europäern als Teil der „Road Map“ unterstützt wird.

Das palästinensische Volk verstand sofort, das es sich dabei um einen alarmierenden Versuch der Besatzungsmacht handelt, mit neuen Bezeichnungen rund um ihr Kolonialprojekt in die Irre zu führen. Heute ist den PalästinenserInnen klar, dass die Mauer die endgültige Verhandlungslösung [für die Palästinafrage, d.Ü.] vorwegnehmen soll, noch bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben. Die PalästinenserInnen weisen die Bezeichnung „lebensfähiger Staat“ für die überall in der Westbank geschaffenen isolierten Ghettos entschieden zurück. Für das palästinensische Volk ist es unschwer zu erkennen, dass die Mauer heute als der Katalysator und sozusagen als Bulldozer für das expansionistische zionistische Kolonialprojekt in Palästina dient, denn es hat jahrzehntelange Erfahrung mit dem Kolonialismus und der Zerstörung seiner Lebensgrundlage, seiner Würde und seiner Dorfgemeinschaften.

Seit der Eröffnungssitzung des Internationalen Gerichtshofes in den Haag (ICJ) ist mehr als ein Jahr vergangen, und mehr als 8 Monate seit er entschied, die Mauer müsse gestoppt und abgerissen werden. Während man schon damit rechnen musste, dass Israel die Entscheidung ignorieren würde (es war niemals bereit, sich an internationales Recht zu halten), war es um so überraschender, dass der Ruf nach Erfüllung der ICJ-Entscheidung auch aus dem offiziellen Forderungskatalog der Palästinensischen Autonomiebehörde verschwand. Die Mauer wurde in den Hintergrund gedrängt, als ob sie nur eine Illusion im palästinensischen Bewusstsein wäre. Für die Europäer und die Amerikaner war der Verlauf der Mauer - und nicht die Mauer an sich - das Problem. So scheint es, als ob die ICJ-Entscheidung von allen Beteiligten annulliert worden sei, außer vom palästinensischen Volk, dem direkt betroffenen Volk, das bei jeder sich ergebenden Gelegenheit verlangt, dass das Völkerrecht respektiert und die ICJ-Entscheidung vollständig umgesetzt werde.

Die Normalisierung der Apartheidmauer tritt - unter Missachtung des Völkerrechts - auch im Sprachgebrauch der UNO immer klarer zu Tage. Die UNO zieht es vor, die Frage eher als „humanitäres“, denn als politisches Problem zu behandeln. Kofi Annan wiederholte bei seinem Besuch im Westjordanland die schon zuvor veröffentlichte Ankündigung der UNO, man wolle ein Schadensregisterbüro für all jene einrichten, die durch die Mauer geschädigt worden seien. Diese Maßnahme ist in einem Kontext, in dem der Druck der UNO auf Israel, den Mauerbau zu stoppen, völlig fehlt, höchst alarmierend. Versucht die UNO, das palästinensische Volk mit Geld ruhig zu stellen, statt die Achtung des internationalen Rechts zu garantieren? In der Fülle der Berichte und Statements der UN-Funktionäre wird ausnahmslos vor den humanitären Auswirkungen gewarnt, das wahre Problem der wachsenden Mauer aber ignoriert. So hilft auch die UNO mit, den voranschreitenden Bau der Apartheidmauer zu legitimieren.

Der offene Ausverkauf des palästinensischen Volkes, seines Landes und Widerstandes feierte letzten Monat bei der Konferenz in London am 1. März seine Premiere. Außenminister, Weltbankfunktionäre und Annan trafen sich mit Vertretern der Palästinensischen Autonomiebehörde, um Vorträgen über „innere Reformen“, „Sicherheitsangelegenheiten“ und vor allem über Geld zu lauschen. Bis zu 1,2 Milliarden Dollar sind der Palästinensischen Behörde dabei versprochen worden. Das war ein bisschen mehr als die Minimalsumme (900 Millionen \$), die von der Weltbank in ihrem Bericht vom Dezember 2004 berechnet worden war. Er erinnerte an eine Heimwerkeranleitung dafür, wie man ein ganzes Volk in einem Freiluftgefängnis hinter der Apartheidmauer am besten

verwalten könne und enthielt eine detaillierte Analyse der finanziellen Anforderungen dazu. Der Engpass der Durchführbarkeitsstudie der Weltbank – die Hi-Tech-Tore der Apartheidmauer – ist mit einer Spende der Bank gelöst worden und steht nun im Wettbewerb mit dem konkreten Angebot der USA, das Projekt zu finanzieren. Doch trotz der peinlich genauen Berechnungen der bedeutendsten Finanzexperten der Welt und der „Großzügigkeit“ der Geberstaaten steht eines fest: das palästinensische Volk verkauft sein Land und Leben nicht.

Der offene Ausverkaufs des palästinensischen Volkes, seines Landes und Widerstandes feierte letzten Monat bei der Konferenz in London am 1. März seine Premiere. Außenminister, Weltbankfunktionäre und Annan trafen sich mit Vertretern der Palästinensischen Autonomiebehörde, um Vorträgen über „innere Reformen“, „Sicherheitsangelegenheiten“ und vor allem über Geld zu lauschen. Bis zu 1,2 Milliarden Dollar sind der Palästinensischen Behörde dabei versprochen worden. Das war ein bisschen mehr als die Minimalsumme (900 Millionen \$), die von der Weltbank in ihrem Bericht vom Dezember 2004 berechnet worden war. Er erinnerte an eine Heimwerkeranleitung dafür, wie man ein ganzes Volk in einem Freiluftgefängnis hinter der Apartheidmauer am besten verwalten könne und enthielt eine detaillierte Analyse der finanziellen Anforderungen dazu. Der Engpass der Durchführbarkeitsstudie der Weltbank – die Hi-Tech-Tore der Apartheidmauer – ist mit einer Spende der Bank gelöst worden und steht nun im Wettbewerb mit dem konkreten Angebot der USA, das Projekt zu finanzieren. Doch trotz der peinlich genauen Berechnungen der bedeutendsten Finanzexperten der Welt und der „Großzügigkeit“ der Geberstaaten steht eines fest: das palästinensische Volk verkauft sein Land und Leben nicht.

Auf diese Entwicklungen hat der palästinensische Volksaufstand nämlich mit einem qualitativen Sprung in der Massenmobilisierung überall in der Westbank reagiert. Im Bezirk Jerusalem, wo die Mauer die Stadt völlig vom Westjordanland abschneiden wird, kämpft die Bevölkerung von Beit Hanina, Beit Surik, Biddu, Dahya und Ram gegen die Mauer. Ständig wird Land für die Siedlungsexpansion und die Verdrängung der arabischen Bevölkerung aus Jerusalem enteignet. Es handelt sich um eine systematische Kampagne ethnischer Säuberung.

Die dritte Phase des Mauerbaus führte auch in Hebron, Yatta und der Jerusalemer Altstadt zu weiterer Landenteignung. Als Reaktion darauf haben auch dort die BewohnerInnen den Kampf gegen die Apartheidmauer aufgenommen.

In West-Ramallah, Saffa und Beil'in gab es während der letzten zwei Wochen täglich Zusammenstöße. Die palästinensischen DemonstrantInnen wurden dabei mit Tränengas und sogar scharfer Munition angegriffen und verletzt. Viele wurden verhaftet.

Die Demonstration am 14. März 2005, [anlässlich des Besuches Kofi Annans in Ramallah, d.Ü.]die von der Kampagne gegen die Apartheidmauer organisiert worden war, stellte die Krönung eines „Monats andauernden Widerstandes“ dar. Die überwältigende Beteiligung der Menschen aus allen Teilen der Westbank, spiegelt die tiefe Verankerung der Bewegung gegen die Mauer im Volk wider. Slogans und Statements brachten die tiefsitzende Wut der Leute über den ungebremsten Bau der Apartheidmauer zum Ausdruck und die weit verbreitete Opposition gegenüber Versuchen, den Widerstand gegen die Besatzung aufzuweichen und zu befrieden.

In den Plädoyers wurde für die Wiederherstellung des Respekts vor dem Völkerrecht und für den Abriss der Mauer plädiert und die Ablehnung der betrügerischen „Reform des Mauerverlaufs“ unterstrichen. Kritik wurde auch gegenüber der offiziellen Position und dem Diskurs der palästinensischen Behörde laut, die es nicht verstanden hatte, die ICJ-Entscheidung politisch zu nutzen.

Doch letztlich waren es Annan und die Unterabteilungen der UNO in Palästina, die am 14. März den Löwenanteil des Volkszornes abbekamen. Annan hatte sich mit nicht einem einzigen Wort für die Notwendigkeit der Respektierung des Völkerrechts geäußert. Er sprach hauptsächlich über das Schadensregisterbüro und gab zu verstehen, es handle sich ein humanitäres Problem, das mit ein paar Dollar gelöst werden könne. Auch der kürzlich veröffentlichte Bericht der UN-Behörde United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) kam zum selben Schluss. Die Unfähigkeit, die Apartheidmauer als politisches Problem zu begreifen – eines, das zum Wesen des zionistischen Kolonialprojektes der Westbank gehört – ist eine zu tiefst besorgniserregende Entwicklung in der Haltung der UNO.

Was Annan und die UNO vorgebracht haben, ähnelt den Phrasen der Zionisten. Auch sie wollen das Problem als „humanitär“ verstanden wissen, zeigen sogar „Verständnis“ und sind bereit sich in diesem Sinne, damit zu befassen! Auch sie missachten die Entscheidung des ICJ – genau wie Annan und der UN-Bericht.

Uns bleibt nichts anderes übrig, als darüber nachzudenken, was die eigentliche Aufgabe eines Generalsekretär der UN genau ist? Geht es darum, die israelisch-amerikanische Haltung in Bezug auf UN-Entscheidungen einzunehmen, die ganz offen auf Doppelmoral aufbaut? Oder wäre es nicht seine Aufgabe, die Durchsetzung des Völkerrechts zu fördern und das palästinensische Volk in seinem legitimen Kampf für Gerechtigkeit, Souveränität und Freiheit zu unterstützen.

www.stophthewall.de